

Entspannt – trotz Zeitaufwands und Kosten?

Lasst Verwaltungsaufgaben bei den Krankenkassen

Holger Rostek aus dem Vorstand der KV Brandenburg rechnet mit einem Tag Praxisausfall. „Ab dem 1. Juli sollen Arztpraxen beginnen, sich auf den Stammdatenabgleich für die Elektronische Gesundheitskarte technisch vorzubereiten.“

Dass dazu viel ärztliche Arbeitszeit eingesetzt werden muss, wird sonst geflissentlich verschwiegen. Programme zur Stammdatenaktualisierung müssten in jeder ambulanten Einrichtung eingerichtet werden, später benötigten sie Wartung, in größeren Abständen auch Erneuerung. In Krankenhäusern kann man dazu ausgebildete Informatiker einsetzen, in der ärztlichen ambulanten Praxis aber ist nicht die Arzthelferin, ist bestenfalls der Arzt dazu qualifiziert, ist dessen kostbare Zeit gefragt. Wenn die Änderung der Versicherten-Stammdaten, **Verwaltungsaufgaben, die bisher von Versicherungsfachangestellten ausgeführt wurden, künftig auf Ärzte, auf die im Gesundheitswesen am höchsten Qualifizierten, auf die mit der teuersten und längsten Ausbildung, verlagert** werden sollen, empfinden Ärzte dies, gelinde ausgedrückt, als **unproduktiv** und wehren sich dagegen. Schon heute beklagen sich Patienten, Juristen, Kassen und Gesundheitspolitiker, dass Ärzte zu wenig beraten würden. Da ist jede Maßnahme, die Ärzten Zeit nimmt, um die Verwaltung zu entlasten, kontraproduktiv und geht zu Lasten der Patienten, zu Lasten der medizinischen Betreuung.

Ärzte wehren sich auch gegen jeden Mehraufwand an Geld für fremden Nutzen, was wohl jedermann verstehen wird. „Dazu werden Umbauten in den Praxen nötig sein.“ Wer bezahlt die Umbauten und die damit verbundene Ausfallzeit?

Hinzu kommen weitere Kosten, z. B. für den eArztausweis. Er ist Mittel zum Zweck, ein Schritt auf dem Weg zur zentralen deutschen Patientenakte. Aber er ist auch mit erheblichen Kosten verbunden: Wir kennen die Kosten der weit verbreiteten Club-, Kunden-, Ausweis-, Zutritts- und Dienstkarten, die teilweise incl. Bild in kleiner Auflage bereits unter zwei Euro zu haben sind. Wir kennen auch die Kosten einer banküblichen EC-Karte. Wir kennen auch die Kosten für den modernen und fälschungssicheren deutschen **Personalausweis**, mit Hologramm, Chip und Photo. Er kostet bei der Beantragung am Wohnsitz **28,80 Euro** und gilt zehn Jahre.

Die Kosten **für den eArztausweis** sollen die Ärzte tragen. Diese Kosten sind je nach Bundesland unterschiedlich, die Bundesärztekammer nennt einen monatlichen Betrag von 7,90 Euro pro Monat. Im Bereich der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz kostet der eArztausweis derzeit 10,40 Euro pro Monat, mit dem eArztausweis wird auch der Kauf eines Lesegeräts und der Software in Höhe von 139,80 Euro nötig. Ärzte konnten schon in der Schule gut rechnen; sie hätten demnach in zehn Jahren für ihren Ausweis **1.087,80 Euro**, in Rheinland-Pfalz sogar 1.387,80 Euro zu zahlen.

So empfinden Ärzte sich auch bei den Kosten für einen eArztausweis unfreiwillig als Dauer-Blutspender und das deutsche Telematik-Infrastruktur-Projekt im Gesundheitswesen als eine unerschöpfliche Geldquelle für die IT-Industrie.

Es sind die Änderungen der Versichertenstammdaten elementare Verwaltungsaufgaben, die durchaus in den Zweigstellen der Krankenkassen vorgenommen werden können. Für Krankenkassen ohne Zweigstellen könnte dies durchaus in regionalen Zweigstellen anderer

Kassen geschehen. Hier ist nicht die kostbare Zeit der Ärzte, hier ist die Solidarität der Krankenkassen gefragt.